

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 703

Mittwoch, 29. April 2020.

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Café Rayuela: Von den Problemen, eine Volkküche in der Altstadt einzurichten.....	2
Die Kultur des Nicht-Zahlens und die Nicht-Inkraftsetzung des Dekrets 15-2020.....	3
Hilfsorganisationen ohne Geld für Gesundheitsdienste.....	3
CEPAL geht von der grössten Rezession in Lateinamerika seit mehr als 80 Jahren aus.....	3
181 MigrantInnen stehen vor der Rückführung aus den USA auf dem Landweg.....	3
5.718 GuatemaltekinInnen werden in US-Migrationszentren festgehalten.....	4
Begrenzte Kapazität an Covid-19-Tests.....	4
Pflegerkräfte fürchten Ansteckung aufgrund fehlenden Schutzes.....	5
Don Pedrito, der 92-jährige, der Eis am Stiel verkaufen muss, um zu überleben.....	6

Editorial

Das Virus schleicht sich an. Stand 25.04. sind 430 GuatemaltekinInnen positiv auf COVID-19 getestet. Von den 42, die vom 24. auf den 25. April dazu kamen, waren – laut Präsident Giammattei – etwas mehr als die Hälfte abgeschobene MigrantInnen aus den USA.

Aus den Informationen über die ersten 178 Fälle, die Zeitungen wie Prensa Libre veröffentlichen (ohne Namen), geht hervor, dass eine Mehrheit kurzzeitig im Ausland war und sich mutmasslich dort infiziert hat.

Dies führt zu einer an Hysterie grenzenden Abwehr gegenüber AusländerInnen, die bis zu Gewaltakten führen kann. Es fehlt offenbar weiterhin an Informationen, die auch jene Bevölkerungsteile erreichen, die abgelegen leben und um ihr Überleben kämpfen. Ohne medizinische Versorgung, aber mit Zeitungsberichten, die suggerieren (oder besser: suggerieren könnte), dass das Virus von AusländerInnen eingeschleppt wird. Verständliche Ängste gepaart mit Armut und Unterernährung sind keine gute Basis, um die Corona-Krise zu bewältigen.

Und was ist mit den vollmundigen Versprechungen der Regierung, den Familien, besonders Betroffenen beizustehen, wie es die Dekrete, die wir in den letzten Ausgaben dargestellt haben, nahe legen? Eines der wichtigsten – die Möglichkeit, Zahlungen für lebensnotwendige Leistungen für eine gewisse Zeit auszusetzen – ist noch immer nicht veröffentlicht und damit immer noch nicht in Kraft. Da es kein Kurzarbeitergeld gibt, haben weit über 2.700 Kleinunternehmen insgesamt 4.500 Arbeitsverträge mit ihren MitarbeiterInnen gekündigt.

Und wer noch gar nicht in den Fokus gerückt ist, sind die vielen (70 % der Erwerbstätigen) im informellen Sektor, die derzeit nicht oder nur eingeschränkt ihren kargen Unterhalt verdienen können. Ein Beispiel in diesem Heft ist ein 92-jähriger Verkäufer von Süßigkeiten. Oder Jorge, der Besitzer eines kleinen Eiswagens, der in der Reportage von Pia Flores in der Nómada portraitiert wird: Er steht an bei der Armenspeisung (so muss man es wohl nennen), die das Café Rayuela in der Altstadt, Zone 1 der Hauptstadt, bietet – mehr drangsaliiert als unterstützt von dem Bezirksbürgermeister. Die USA internieren Tausende von MigrantInnen, auch aus Guatemala, in Lagern, die zu Hotspots für COVID-19 werden – und statt sie zu behandeln, werden manche von ihnen einfach abgeschoben, in ein Land mit bekanntlich wenigem gesundheitlichen Equipment, das womöglich mit den zur Zeit noch wenigen Fällen fertig werden kann, aber nicht mehr mit einer ‚Explosion‘, wie sie noch bevorstehen könnte (ich formuliere hier extra mal vorsichtig).

Der Chirurg Giammattei bringt zumindest einige medizinische Kenntnisse in sein nun hundert Tage währendes Amt. Aber ob er tatsächlich mit seiner Politik die Mehrheit der Bevölkerung unterstützen kann, ist doch eher fraglich.

Café Rayuela: Von den Problemen, eine Volkküche in der Altstadt einzurichten

Guatemala, 24. April - Abgestellt an einem Baum in der sechsten Avenida der Altstadt, an einer Ecke gegenüber dem Präsidentenpalast, steht ein Eiswagen. Sein Besitzer steht in einer Schlange von Hunderten Personen, um einen Teller Essen zu erhalten. So klingelt das Glöckchen seines Karrens nun weniger. „An einem normalen Tag, wo es gut läuft, bleiben mir 60 Q (etwa 7 €). Aber im Moment nichts, oder mal 5 oder 10 Q (= 60 Cent oder ein Euro zwanzig)“, sagt der Mann namens Jorge. Wenn er von einem normalen Arbeitstag spricht, bedeutet das acht Stunden lang in sengender Sonne durch die Strassen zu ziehen, um Einnahmen zu erzielen, mit denen er nicht mal die Hälfte des Existenzminimums bestreiten kann. Und jetzt, in Zeiten von COVID-19, reicht es nicht mal für ein Essen.

So gehen die Tage vorüber, Tage des Zusammenbrechens der täglichen Routinen, verursacht durch die Massnahmen der Regierung im Kampf gegen COVID-19, die nun zu einer Art Normalität werden. Die Leute passen sich an und die Not-situation wird zur neuen Normalität.

Für die Mehrheit der GuatemaltekinInnen, also jene, die die anfälligsten sind, ist die Krise der Wandel von schlecht zu ganz schlecht. Es ist gar nicht mal so sehr die Gesundheitskrise, sondern der chronische Notstand, die das Überleben jeden Tag schwieriger macht. Das gilt besonders für die Leute, die an der Strasse arbeiten, die SchuhputzerInnen, die VerkäuferInnen von Lotterielosen, von Eis oder Maiskolben, die Hausangestellten und die Tausenden, die auf den informellen Sektor der Wirtschaft Guatemalas angewiesen sind. Sie leben ohne jegliche soziale Sicherheit in den folgenden Tag hinein. Für diesen Teil der Bevölkerung gab es immer eine Krise. Ihr Leiden begann nicht erst mit dem COVID-19-Virus, das am 13. März Guatemala erreichte. Die Pandemie hat nur ihre Situation noch weiter verschärft.

Vor der Pandemie gab es das Café Rayuela, eine kleine Ecke in der Altstadt, rot gestrichen, ein paar Kunstwerke an der Wand und die Titel der Bücher von Julio Cortázar. Ein argentinischer Schriftsteller, bekannt dafür ein Idealist zu sein, gegen totalitäre Systeme und für eine bescheidene und solidarische Gesellschaft – die Wände des Cafés in Zone 1 sind eine Widmung an dieses Ideal.

Ein Beispiel dafür ist die Initiative des Solidaritätssessens. Jeder Kunde des Rayuela kann nach seiner Bestellung angeben, für jemanden ein Essen zu zahlen, der nicht genügend Geld dafür hat. So hat das Restaurant in den letzten drei Jahren jede Woche 20 Personen mit Essen versorgt, die sich das sonst nicht leisten konnten, erzählt Byron Vásquez, der Besitzer des Rayuela. Aber diese zwanzig Teller reichen nicht mehr aus. COVID-19 hatte verheerende Auswirkungen auf die Menschen, die in der informellen Ökonomie mit ihren knappen Einnahmen überleben müssen. Vásquez und die MitarbeiterInnen des Rayuela beschlossen zu handeln. Am 8. April erweiterten sie ihre «Volkküche» [*das wäre vermutlich eine adäquate Übersetzung der Initiative, d.Red.*], die auf Spendenbasis und Grundlage von Freiwilligen organisiert ist, um mehr Leute zu versorgen. An den ersten Tagen kamen 30 bis 40 Personen, nun sind es mehr als tausend Personen jeden Tag, denen das Rayuela ein Essen ausgibt. Glücklicherweise fliesst der Strom an Spenden weiter. Viele helfen mit ihren Spenden, aber es kommen auch immer mehr in das Restaurant an der 6. Avenida, 3. Strasse von Zone 1.

Der Bezirksbürgermeister droht mit der Schliessung

Gestern Morgen kam auch der Bezirksbürgermeister der Zone 1, Oscar de León. Er sagte, dass sich einige Nachbarn beschwert hätten, weil die Volkküche Müll produziere. Laut den Angestellten des Rayuela habe de León ihnen deutlich gemacht, dass er die Volkküche schliessen werde, wenn die (Müll-)Situation nicht beachtet werde.

Byron Vásquez kann diese unerwartete Drohung des Bezirksbürgermeisters nicht nachvollziehen. Als seine Volkküche immer grösser wurde, haben sie Massnahmen getroffen, um deren Nebenwirkungen gering zu halten. Der Müll wird gesammelt, ein Kanister mit Desinfektionsmittel wird genutzt, um die Strassenzüge, in denen die vielen Bedürftigen anstehen, zu desinfizieren. All dies geschehe in Abstimmung mit der Stadtverwaltung, die auch mehrmals zu Hilfe kam, um zu gewährleisten, dass der Sicherheitsabstand von 1,50 Meter in der Schlange eingehalten wird, sagt Vásquez.

Die Angestellten helfen am Ende des Tages bei der Einsammlung des Mülls und dokumentieren durch Fotos und Videos, dass die Strasse sauber ist.

Lucía Tello, Pressesprecherin der Hauptstadtverwaltung, bestätigte über WhatsApp, dass es eine Zusammenarbeit zwischen Rayuela und Bezirksverwaltung gebe: „MitarbeiterInnen der Bezirksverwaltung haben dreimal die Woche mit diesem Restaurant zusammengearbeitet. Das bezieht sich insbesondere auf die Säuberung und die Müllabfuhr.“ Weiter sagte sie, dass der Besuch des Bezirksbürgermeisters, Oscar de León, auf Bitten von Nachbarn der Volkküche geschehen sei. Die Behörde werde weiterhin „alle nötige Unterstützung leisten“. Sie antwortete nicht auf die Frage, warum – sofern es stimmt – dann eine Drohung, das Restaurant zu schliessen, ausgesprochen werden musste. Oscar de León selbst wollte sich nicht schriftlich dazu äussern. Womöglich ist die Frage des Mülls nur ein vorgeschobener Grund. Das mutmasst jedenfalls Vásquez: „Das war eine echte Drohung, dass sie unseren Laden schliessen, sollten wir die Leute nicht kontrollieren. Ein Grund könnte aber auch sein, dass diese öffentliche Präsenz der Armut das Bild der Altstadt verunstaltet. Die [*Nachbarn, d.Red.*] haben viele Jahre dafür gekämpft, dass die Altstadt verschönert wird, und nun haben sie Angst, hier vorbeizugehen wegen den armen Leuten, die in der Schlange stehen“.

Für die mehr als tausend Personen, die während dieser Krise dank Rayuela, den SpenderInnen und der Freiwilligen eine Mahlzeit erhalten, gäbe es keine Alternative mehr, wenn der Bezirksbürgermeister das Restaurant tatsächlich schliessen würde. Viele der Bedürftigen leben jeden Tag in sozialer Exklusion. Für sie ist die soziale Distanz bereits lange vor COVID-19 Realität gewesen. (Pia Flores, Nómada)

Die Kultur des Nicht-Zahlens und die Nicht-Inkraftsetzung des Dekrets 15-2020

Guatemala, 21. April – Der Minister für Energie und Bergbau, Alberto Pimentel, wurde von Abgeordneten verschiedener Fraktionen um eine Stellungnahme darüber gebeten, wie die vorgesehenen 630 Mio. Q (7,4 Mio. €) für die Subvention von Sozialtarifen für Stromrechnungen umgesetzt werden. Bei der Zusammenkunft im Kongress war auch Silvia Escobar, die Direktorin der Direktion für KonsumentInnenbetreuung (DIACO), geladen. Sie berichtete, dass bisher 117 Personen Beschwerde wegen Strompreiserhöhungen eingelegt hätten.

Minister Pimentel kritisierte den Inhalt des Dekretes 15-2020, das den jederzeitigen Zugang zu Wasser, Telefon und Licht während der COVID-19-Krise garantieren soll, da ihre Veröffentlichung [*und damit Inkraftsetzung, d.Red.*] “eine Kultur des Nicht-Zahlens begünstigt”. Das Dekret wurde vom Kongress beschlossen und es wird noch immer [, *auch noch bei Redaktionsschluss (!), d.Red.*] darauf gewartet, dass Präsident Giammattei es veröffentlicht. Dieser hat sich zu dieser Thematik noch gar nicht geäußert.

Das Argument mit der “Kultur des Nicht-Zahlens” wurde allerdings nicht verwendet, als der Präsident am 23. März die Entscheidung des Guatemaltekischen Instituts für Soziale Sicherheit (IGSS), des Instituts für die Versorgung der ArbeiterInnen in Privatunternehmen (IRTRA) [*das kannte die Redaktion noch nicht!*] und des Instituts für technische Weiterbildung (INTECAP) unterstützte, die Zahlung der Unternehmensbeiträge der Lohnsteuer für drei Monate auszusetzen. Natürlich werden die ArbeitgeberInnen es weiterhin von ihren ArbeitnehmerInnen abziehen. (Nómada)

Hilfsorganisationen ohne Geld für Gesundheitsdienste

Guatemala, 21. April – Das Prokurat für Menschenrechte (PDH) beklagte in einer Pressemitteilung, dass nur 17 % der Nicht-Regierungsorganisationen, die gesundheitliche Dienste leisten, jene Geldmittel vom Gesundheitsministerium erhalten haben, die sie für die Erledigung ihrer Dienste benötigen. Zu den Serviceleistungen dieser Organisationen gehören die Betreuung von Müttern und Kindern, von Menschen mit Behinderungen, SeniorInnen und Menschen mit chronischen Krankheiten oder solche, die HIV-positiv sind. Aufgrund des Rückstandes bei der Auszahlung schickte das PDH ein offizielles Schreiben an das Ministerium mit der Bitte, die Zahlungen umgehend zu leisten. Bisher gibt es keine Antwort. Angesichts der Überforderung des staatlichen Gesundheitssystems haben NGOs eine Rolle zu spielen, wenn es darum geht, auf die Bedürfnisse von gefährdeten Bevölkerungsgruppen einzugehen. Ohne den Transfer der Mittel und inmitten einer Gesundheitskrise ist es unmöglich, diese Aufgabe zu erfüllen. (Nómada)

CEPAL geht von der grössten Rezession in Lateinamerika seit mehr als 80 Jahren aus

Santiago de Chile, 21. April – Lateinamerika und die Karibikstaaten stehen infolge der COVID-19-Krise vor der grössten Rezession seit mehr als 80 Jahren. Das ist die Quintessenz aus dem Bericht über die Pandemie und ihre Folgen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL). CEPAL geht für das Jahr 2020 von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 5,3 % aus, was sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Arbeitslosigkeit, die Geschlechterungleichheit und die Armut auswirken werde. Guatemala gehöre laut dieser Projektion zu den weniger betroffenen Ökonomien, hier werde der Rückgang nur 1,3 % betragen. Allerdings beziehen sich viele der negativen Projektionen auf Sektoren, die eh schon die verletzlichsten Teile der Bevölkerung sind. So geht CEPAL davon aus, dass die finanziellen Rückflüsse der MigrantInnen aus den USA in die Familien in den Heimatländern um 15 % zurückgehen könnten. Guatemala verzeichnete 2019 einen Fluss von insgesamt 10,5 Mrd. US-Dollar, den guatemaltekische MigrantInnen an ihre Familien, vor allem in den armen Teilen des Landes, schickten. Während sich Guatemala und andere Länder gerade mit der aktuellen COVID-19-Krise auseinandersetzen müssen, spricht CEPAL von der Notwendigkeit, bereits jetzt Massnahmen zu treffen, um die zukünftigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Krise anzupacken. (Nómada)

181 MigrantInnen stehen vor der Rückführung aus den USA auf dem Landweg

Guatemala, 22. April – Aussenminister Pedro Brolo gab bekannt, dass in den kommenden Tagen 181 guatemaltekische MigrantInnen aus den USA auf dem Landweg über Mexiko nach Guatemala kommen werden. Sie würden dann medizinische Präventionsmassnahmen bezüglich COVID-19 erhalten.

Während einer Befragung im Ausschuss für Aussenpolitik sagte Brolo über deren Einreise, dass aufgrund des gesundheitlichen Notfalls zwar die Flüge mit den Abgeschobenen suspendiert wurden, dass dafür aber der Landweg über Mexiko genutzt werden solle. Viele von den 181 GuatemaltekInnen seien schon in Migrationszentren in Mexiko.

Die Ankunft werde laut Aussenminister mit dem Gesundheitsministerium, der Polizei und dem Heer abgestimmt. Die beiden zuletzt genannten Institutionen werden die Busse ab der Grenze begleiten.

“Es gibt eine Koordination mit mexikanischen Behörden, damit der Weg der GuatemaltekInnen von der US-mexikanischen Grenze reibungslos verläuft”, fügt er hinzu. Die RückkehrerInnen müssten sich dann strengen gesundheitlichen Kontrollen unterziehen, um festzustellen, ob sie in die vierzehntägige Quarantäne im Übergangshospital im Industriepark in Villa Nueva oder zu Hause überführt werden müssen – registriert und überwacht durch das Gesundheitsministerium.

Retungsflüge

Zudem sprach der Aussenminister darüber, dass nach dem Plan «Wir möchten sie zu Hause haben» bis heute 1.600 GuatemaltekenInnen aus anderen Ländern zurückgeholt worden seien. Dazu seien 33 Rettungsflüge aus 23 Ländern verwicklicht worden, darunter die USA, Spanien, Peru, Dominikanische Republik, Honduras und Costa Rica. Einige in den zentralamerikanischen Nachbarstaaten befindlichen GuatemaltekenInnen wurden auch auf dem Landweg nach Hause gebracht, sagte Brolo. Er gab zu, dass es für diese Rettungsflüge keine guatemalteken Geldmittel gab, weswegen sie mit den Regierungen der anderen Staaten abgestimmt [*und vermutlich von diesen bezahlt?, d.Red.*] worden seien. Schliesslich sprach der Aussenminister davon, dass die Pandemie COVID-19 zu einem Phänomen der “umgekehrten Migration” geführt habe, dass also Personen mit Wohnsitz in den USA mit festem Job und Haus erklärten, wieder nach Guatemala zurückkehren zu wollen. Diese Fälle hätten jedoch nichts mit den Rettungsflügen zu tun, da diese nur jene betreffe, die in besonders prekären Situationen seien. Es habe jedoch für diese prekären Fälle zwei Rettungsflüge aus den USA gegeben. (La Hora)

5.718 GuatemaltekenInnen werden in US-Migrationszentren festgehalten

USA/Guatemala, 22. April – Laut einer Information, die Aussenminister, Pedro Brolo dem SEMILLA-Abgeordneten Luis Fernando Pineda weitergab, waren bis zum 20. April in den USA insgesamt 5.718 guatemaltekenische MigrantInnen in Migrationszentren und stehen unter der Obhut des Immigrationsdienstes und Zolls (ICE). Von diesen sind 4.613 in direkter Obhut der ICE, während die übrigen 1.105 Kinder und Jugendliche sind, die von den US-Migrationsbehörden betreut werden. Laut dem Bericht von Brolo an den Abgeordneten steht diese Zahl unter dem Vorbehalt von dauernden Schwankungen, weil immer wieder Personen eingesperrt werden.

Pineda findet diese Situation bedauerlich, weil die guatemaltekenischen MigrantInnen dort in Gefahr sind, sich mit COVID-19 anzustecken, da sie dort nur eine unzureichende medizinische Betreuung erfahren. “Wir haben darüber Kenntnis, dass es in diesen Zentren Corona-Fälle gibt und dass dort auch schon Leute daran gestorben sind”, sagt er. “Es ist sehr traurig zu sehen, wie unmenschlich unsere Landsleute in diesen Zentren behandelt werden”, fügt er hinzu.

Zudem kritisierte der Abgeordnete den Leiter des Nationalen Rats für die Betreuung von MigrantInnen (Conamigua), Carlos Narez. “Das ist eine höchst fragwürdige Institution, die über einen Haushalt in Höhe von 34 Mio. Q (knapp 4 Mio. €) verfügt. Und es ist ein Skandal, dass sie davon nur 18 % ausgegeben hat”, sagt er. “In diesem Jahr hat der Sekretär seinen Fokus darauf gelegt, ein neues Auto im Wert von 180.000 Q (= 21.000 €) zu kaufen, das er privat nutzt, anstatt dass er die Gelder dafür verwendet, für die Rechte der MigrantInnen einzutreten”, erklärte Pineda.

Schliesslich fordert der Abgeordnete, dass alle Institutionen, die mit MigrantInnen befasst sind, ihre Anstrengungen verdoppeln müssen, um die Rechte der MigrantInnen zu garantieren – sowohl in den Haftzentren wie ab dem Moment der Rückführung bzw. Abschiebung, damit der Staat sie bei ihrer Ankunft in Guatemala würdevoll behandelt. (La Hora)

Begrenzte Kapazität an Covid-19-Tests

Guatemala, 22. April - Guatemala ist in der Region das Land mit den wenigsten COVID-19-Tests pro EinwohnerInnen und zugleich das Land mit den wenigsten bekannten Infizierten. Der Zusammenhang zwischen der Zahl der Infizierten und der Zahl der durchgeführten Tests ist direkt proportional.

Das zeigen die Zahlen für die zentralamerikanische Region, in der Guatemala das Land ist, das die wenigsten Tests durchführt und daher auch die wenigsten offiziellen Notifizierungen vornimmt. Vierzig Tage nach dem ersten bestätigten Corona-Fall in Guatemala unterscheiden sich die medizinischen Kriterien, die Beispiele für Massnahmen in anderen Ländern und die offiziellen Bestimmungen hinsichtlich der Anzahl der im Land praktizierten Tests und der Mindestanzahl der Tests, die notwendig sind, um eine Aufhebung der wirtschaftlichen und sozialen Beschränkungen in Betracht ziehen zu können.

Zur Zeit beträgt die Zahl der Tests, die das Gesundheitsministerium in der Lage ist, durchzuführen, 400 pro 1 Mio. EinwohnerInnen, während diese Zahl in El Salvador laut dem UN-Portal Worldmeters bei 2.059 pro 1 Mio. liegt.

Zwei medizinische Befunden stimmen mit den Statistiken überein: Je mehr Tests, desto wirksamer die Überwachung und Eindämmung der Epidemie. Guatemala ist jedoch nach wie vor von anderen Ländern abhängig, um weitere Tests zu erwerben, und das benachteiligt es, falls es seine Reaktionsfähigkeit ausbauen möchte.

Jetzt hat Präsident Alejandro Giammattei eingeräumt, dass in zwei Wochen bis zu 1.500 Proben täglich bearbeitet werden können, indem die zur Bearbeitung der Proben autorisierten Labors erweitert werden. Und obwohl diese Erwartung dreimal so hoch ist wie am besten Tag in den vergangenen 40 Tagen, ist diese noch weit entfernt von den optimalen medizinischen Kriterien für die Annahme, dass die Gefahr vorüber ist oder dass eine Rückkehr zur relativen Normalität geplant ist.

“In den USA haben ExpertInnen der Universität von Harvard geschätzt, dass 45 Tests pro 1.000 EinwohnerInnen monatlich notwendig wären, bevor die Massnahmen gelockert werden können. Das würde für Guatemala mindestens eine halbe Millionen pro Monat oder 17.000 pro Tag bedeuten”, meint der Guatemalteke Edwin Asturias, der als Kinderarzt und Epidemiologe an der Medizinischen Schule der Universität von Colorado in den USA arbeitet.

Mehr Tests, mehr Fälle

Unter MedizinerInnen gibt es nach den globalen Erfahrungen den Konsens, dass etwa 10 Prozent der durchgeführten Tests positiv sind. “Wenn es weniger sind, dann wurden nicht genügend Tests gemacht; wenn es mehr sind, haben die Tests nur die schwersten Fälle erfasst”, findet Asturias, der in jedem Fall einen direkten Zusammenhang zwischen der Zahl der Fälle, die an einem Ort berichtet wird, und der Zahl der Tests, die durchgeführt werden, sieht. Deshalb ist eine Erhöhung der Zahl der Tests sinnvoll.

Zugleich aber bedeuten “massenhafte Tests” nicht, sie an der gesamte Bevölkerung durchzuführen. José Carlos Monzón Fuentes, medizinischer Direktor des Forschungsinstituts für Gesundheitswissenschaft der Universität Rafael Landívar (URL), erklärte, dass man spezifische Gruppen herausuchen müsse. Eine der Prioritäten müsse bei MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen liegen, um sicherzustellen, dass die Ausbreitung nicht im Gesundheitssektor stattfindet: “Wir müssen die Bevölkerung in Risikogruppen aufteilen. Es ist weder nachhaltig noch logisch, aufs Geratewohl zu testen, weil das einzige, was daraus folgen wird, ist, dass die Testkapazitäten, die wir haben, zu Ende sind – und was passiert dann?”, unterstreicht er.

Asturias ist auch der Ansicht, dass es nicht genügend Tests gibt, um einen optimalen Grad der Abdeckung erreichen zu können, weswegen eine Strategie entwickelt werden müsse: “Wir müssen dorthin gehen, wo die meisten Fälle sind und das werden die Krankenhäuser sein”, stellt er heraus.

Weniger Restriktionen heisst nicht mehr Ansteckungen

In dieser Woche entschied Präsident Giammattei die alltäglichen Aktivitäten auf zwei Stunden pro Tag auszuweiten. Diese Entscheidung wurde von einigen Gruppen kritisiert, die in den nächsten Wochen die Spitze der Pandemie im Land vermuten. Allerdings bedeuten mehr Restriktionen nicht notwendigerweise ein geringeres Risiko der Ansteckung, so sagen es einige Ärzte, die Prensa Libre gefragt hat.

Die Eindämmungsmaßnahmen im Land haben sich nicht geändert. Was sich ändert – so Monzón Fuentes – sind die zwei Stunden, die von der Ausgangssperre ausgenommen sind, aber dies muss nicht notwendigerweise die Zahl der Infektionen erhöhen, sofern sich die Leute verantwortlich verhalten: “Die Leute sollten ihre Vorsicht nicht verringern. Auch wenn es erlaubt ist, zwei Stunden länger nach draussen zu gehen, muss man dies verantwortungsbewusst tun. Jede/r muss Schutzmassnahmen gegen das Virus beibehalten, das ja trotzdem in der Gemeinde umhergeht”, sagt der Experte der URL. “Diese zwei Stunden werden nicht dazu führen, dass die Epidemie explodiert, sofern wir uns die Hände regelmässig waschen, wenn wir die soziale Distanz einhalten, wenn wir die Masken aufsetzen, wenn wir ausser Haus gehen”, rät Monzón Fuente.

Es muss mehr Tests geben und sie müssen kostenlos sein

Die Zahl der Tests zu erhöhen, werde helfen, ein klareres Bild darüber zu erhalten, wie stark COVID-19 im Land zirkuliert und wie viele Personen infiziert worden seien, sagte gestern die Direktorin der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (OPS), Carissa F. Etienne, in einer virtuellen Pressekonferenz. Diese Massnahme würde die Verantwortlichen im Gesundheitsschutz in jedem Land in die Lage versetzen, rasch die möglichen Fälle zu erkennen und zu isolieren und damit die Kette der Ansteckung in den Gemeinden unterbrechen – so wie es in Südkorea und Deutschland geschehen sei. Etienne riet den Mitgliedsstaaten der OPS alle staatlichen und privaten Laboratorien zu nutzen, um Tests zu analysieren. Zugleich rief sie dazu auf, sich auf PatientInnen mit Symptomen zu konzentrieren und danach auf jene, die infiziert werden könnten. Die Direktorin bat die Regierungen darum, dafür zu sorgen, dass die Tests grundsätzlich allen Bevölkerungsgruppen zugänglich seien. (Prensa Libre)

Pflegekräfte fürchten Ansteckung aufgrund fehlenden Schutzes

Guatemala, 22. April – Reinigungskräfte, KöchInnen, FahrerInnen und Angehörige der Angestelltengewerkschaft des Krankenhauses San Juan de Dios in Guatemala-Stadt fordern Schutzmassnahmen und einen Risikobonus.

Angestellte des Krankenhauses machten am Montag deutlich, dass sie in grosser Angst arbeiten würden, da sie das Gefühl hätten, sich mit dem Coronavirus anstecken zu können, und dass sich vor allem bei älteren Menschen und solchen mit gesundheitlichen Problemen der Gesundheitszustand verschlimmern könnten, wenn sie infiziert werden.

María Luisa Florián, die seit 25 Jahren in der Verwaltung des Krankenhauses arbeitet, erklärte, dass ihre Aufgaben in der Reinigung der Räume und Geräte sowie im Kochen bestünden. Nun sei sie 60 Jahre alt und habe Angst vor einer Ansteckung mit COVID-19, weil sie keine geeignete Schutzausrüstung habe: “Wir sind in Gefahr, weil wir im Krankenhaus arbeiten. Sie sagen, dass sie die PatientInnen aussortieren, aber sie sind ja hier, bis die Testergebnisse eintreffen. Wir sind also alle in Gefahr”, warnte Florián. Die Frau gehört rein altersmässig zur Risikogruppe, aber sie legte Wert darauf, dass sie nicht zu Hause bleiben wolle, sondern angemessene Schutzausrüstung haben möchte, da sie in dem Bereich, in dem sie arbeitet, mit allen Formen von Ausschuss und Flüssigkeiten in Kontakt habe. Sie erklärte, dass ihre Familie besorgt sei, aber sie trotzdem ihre Arbeit nicht aufgeben wolle: “Was sollen wir denn sonst tun, unsere Familien sind arbeitslos“, sagt sie.

Die Angestellten des Krankenhauses, von denen einige Gewerkschaftsmitglieder sind, demonstrierten gestern mit Schildern in der Hand vor der Ambulanz, um zu fordern, dass auch sie für den Risikobonus berücksichtigt werden, da sie meinen, dass nicht nur Ärzte exponiert seien.

Im fünften Monat schwanger

Katherin Tejada, 34 Jahre alt und im fünften Monat schwanger, arbeitet als Reinigungskraft und fürchtet sich ebenfalls davor, sich mit dem Corona-Virus anzustecken: "Der Präsident sagte, dass die schwangeren Frauen ein erhöhtes Risiko hätten, aber ich habe mich an die Personalabteilung gewandt und hier sagte man mir, dass ihnen die Hände gebunden seien". Sie fügte hinzu, dass sie bei der Arbeit nicht fehlen dürfe, weil sie einen (negativen) Antrag vornehmen könnten. "Wenn einer Kinder hat und nicht weiss, ob sie die Krankheit mit nach Hause bringen, sind Sie in Gefahr: Diese Masken, die sie uns geben, die helfen nicht viel", fügte Tejada hinzu. Zudem sagten die DemonstrantInnen, dass es Personal gebe, das älter als 60 Jahre alt sei und chronisch krank inmitten dieser gesundheitlichen Krise arbeiten müsse. María Magdalena Marroquín, die im Nationalen Krankenhaus für Orthopädie und Rehabilitation (13 calle 0-81, Zone 1) arbeitet, nahm ebenfalls an der Demonstration teil, um zu fordern, dass die Angestellten dort spezielle Schutzausrüstung erhalten sollen, weil die Mehrzahl der PatientInnen dieses Hospitals ältere Menschen seien, also eine Risikogruppe: "Das Orthopädie-Krankenhaus ist ein Altenheim. Es ist wahr, dass wir Vorräte haben, aber uns fehlen Transportmittel und Personal", betonte sie. Marroquín erklärte, dass die Angestellten, um das Krankenhaus aufrecht zu halten, zwei bis drei Tagesschichten arbeiten, und dass zwei Ambulanzen, die sie haben, das Personal zur Arbeit und nach Hause bringt. Sie fügte hinzu, dass die ArbeiterInnenbank (Bantrab) ihnen mit einem Kleinbus geholfen habe. Was sie störe, ist, dass das nicht-medizinische Personal (Reinigung, Küche) bei Risikoboni nicht berücksichtigt würden, wo doch auch sie inmitten der Pandemie arbeiteten. Prensa Libre bat die Krankenhausleitung um eine Stellungnahme zu den Aussagen der Angestellten, aber diese verwies die Medienanfrage an das Gesundheitsministerium weiter. Dort wurde der Zeitung mitgeteilt, dass die Information an die zuständige Stelle weitergereicht würde. Nach 19 Stunden traf immer noch keine Antwort ein. (Prensa Libre)

Don Pedrito, der 92-jährige, der Eis am Stiel verkaufen muss, um zu überleben

Guatemala, 21. April – Seit Präsident Alejandro Giammattei eine Ausgangssperre für Menschen über 60 anordnete, konnte Don Pedrito nicht mehr aus dem Haus, um seine Waren zu verkaufen. Pedro Ajpacajá, ein Mann von 92 Jahren, verdient seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Eis am Stiel für 1 Q (11 Cent) pro Stück. Damit versucht er die 500 Q (= 58,50 €) zusammen zu bekommen, die er für die Miete seiner Wohnung in der Colonia Los Álamos, San Miguel Petapa braucht. Aber seit der Ausgangssperre für Über-60-jährige muss der Strassenverkäufer zu Hause bleiben. Der alte Herr, aus Totonicapán stammend, versichert, dass ihm nichts weh tun würde, aber dass seine Beine müde seien und er es deshalb ertragen müsse, sehr wenig zu gehen. Bevor die Bewegungsfreiheit der alten Menschen ihn ausbremste, verkaufte er sein Eis nahe des Marktes von Villa Hermosa, aber nun geht er nur aus dem Haus, um sich auf den Stuhl seines Hauses zu setzen, wo er die PassantInnen grüsst, die auf dem Weg nach Villa Canales sind. Manchmal erzählt er auch denen, die ihn besuchen, ein paar Anekdoten. "Ich war ein Schreiner, aber ich hatte einen Unfall und einen Schlaganfall, also konnte ich nicht mehr arbeiten und begann, Süßes zu verkaufen", erzählte Don Pedrito, wie sie ihn in der Nachbarschaft nennen. Seine grösste Sorge ist es, seine grundlegenden Dinge kaufen zu können. Obwohl er acht Kinder, 24 Enkel und fünf Ur-enkel hat, legt er Wert auf seine Unabhängigkeit und arbeitet, um sein Essen zu kaufen. Einfaches Essen, wie er betont: "Ein bisschen Gemüse, Kartoffeln und Eier, das reicht schon." "Ich war beim Militär (Brigade Mariscal Zabala), ich war dort am 20. Oktober 1944 während der Revolution. Ich kannte Diktator Ubico. Von dort kam ich hier her. Damals kostete ein Wasser fünf Centavos und ein gutes Frühstück sieben Centavos", erinnert sich Don Pedro. (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6